

HL-live.de - Freitag, der 21. Januar 2011

## **Bildungsfonds befürchtet steigende Verwaltungskosten**

**Im Januar 2009 wurde der Lübecker Bildungsfonds gegründet. Stiftungen, Stadt und Land fördern so unkompliziert warme Mahlzeiten für Kinder, Bildungsangebote oder Klassenausflüge. Durch die neuen Hartz IV-Regeln könnten die Verwaltungskosten steigen, warnen die Beteiligten.**

Der Lübecker Bildungsfonds hat seine Bedenken in einem offenen Brief an Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen dargelegt:

(")Sehr geehrte Frau von der Leyen,

mit großem Interesse haben wir, der Stiftungsverbund Lübecker Bildungsfonds, die Diskussion zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuches bzw. zur Ermittlung von Regelbedarfen verfolgt.

Der Stiftungsverbund hat im Jahr 2008 gemeinsam mit der Hansestadt Lübeck und unter Beteiligung des Landes Schleswig-Holstein den Lübecker Bildungsfonds gegründet, der bedürftigen Kindern und Jugendlichen eine warme Mahlzeit am Tag, Sprachförderung, Betreuungs- und Bildungsangebote/Nachhilfe, Arbeitsmaterialien für den Schulunterricht, Bildung außerhalb von Schulen z.B. in Theatern, Museen und weiteren außerschulischen Lernorten sowie Vereinsbeiträge z.B. für Sportvereine finanziert.

Damit verfolgen wir seit nunmehr zwei Jahren die Ziele, die durch die Änderung des Sozialgesetzbuches nun ebenfalls verfolgt werden sollen. Aktuell werden in der Hansestadt Lübeck rund 2 Millionen Euro pro Jahr über den Bildungsfonds durch Sachleistungen an bedürftige Kinder und Jugendliche bereitgestellt. Die geschaffene Organisationsstruktur hat bestehende Strukturen genutzt und so lediglich einen zusätzlichen Verwaltungskostenaufwand von Euro 2.354,00 erzeugt, das ist weniger als 1% der Fördersumme.

Das nun durch den Bundestag verabschiedete Gesetz zur Ermittlung der Regelbedarfe und besseren Umsetzung der Teilhabe- und Bildungsrechte von Kindern wirkt den erfolgreichen, gemeinsamen Bemühungen in der Hansestadt Lübeck entgegen, da es nach den uns vorliegenden Informationen u.a. des Deutschen Städtetages zu erheblichen, zusätzlichen Verwaltungskosten kommen wird.

Wir sehen es als unsere Pflicht an, auf diesen Missstand hinzuweisen. Aus unserer Sicht ist es erforderlich, eine Organisationsstruktur zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes zu wählen - und wo sie bereits vorhanden ist zu stärken -, die das Ziel verfolgt, die finanziellen Ressourcen weitestgehend den Bedürftigen zukommen zu lassen. Ziel muss doch sein, die hierfür eingesetzten Steuergelder zu einem größtmöglichen Anteil für die Förderung und Bildung von Kindern einzusetzen und nicht in unverhältnismäßige und überdimensionierte Verwaltungsprozesse fließen zu lassen.

Wir appellieren deshalb an Sie sicher zu stellen, dass im Rahmen der Beratungen im Bundesrat eine Öffnungsklausel im Gesetz ermöglicht wird, die die Kommunen nicht nur bei der organisatorischen Abwicklung, sondern auch bei der Entscheidung über die Mittelvergabe z.B. im Rahmen eines definierten Leistungskataloges mit einbindet.

Mit freundlichen Grüßen

Renate Menken  
Possehl-Stiftung

Wolfgang Pötschke  
Gemeinnützige Sparkassenstiftung zu Lübeck

Gerd Rischau  
Margot und Jürgen Wessel Stiftung

Michael Haukohl  
Michael-Haukohl-Stiftung

Reinhold Schrader  
Reinhold-Jarchow-Stiftung(")



**Der Lübecker Bildungsfonds wurde im Januar 2009 ins Leben gerufen. Foto: JW/Archiv**

red. 18.12.2010 12.52